

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2022

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Tschechische Präsidentschaft im Rat der EU.....	1
Rat der EU: Schlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtsstrategie.....	1
EU-Kommission: Europäischer Rechtsakt zur Barrierefreiheit in Kraft	1
EU-Kommission: Vorschlag für Ratsempfehlung für schulischen Erfolg	2
EU-Kommission: Klage gegen Ungarn wegen diskriminierender Gesetzgebung.....	2
EU-Parlament: Entschließungsantrag zu psychischer Gesundheit von Kindern.....	2
EU-Parlament: Initiativbericht zur Europäischen Pflegestrategie	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Spanien: Entlastungspaket für Bürger:innen verlängert.....	3
Portugal: Ungleichheiten bei Wasserpreisen	3
Irland: Kommission für Menschenrechte und Gleichberechtigung veröffentlicht Jahresbericht.....	3
Frankreich: Verband der Familienorganisationen fordert Inflationsausgleich für Familien	4
Kroatien: Reform von Sozialleistungen und sozialen Diensten.....	4
Dänemark: Pläne für eine tabakfreie Zukunft.....	4
Weitere Nachrichten	5
Gemeinsames Positionspapier zu Ratsempfehlungen über die EU-Kinderrechtsstrategie.....	5
#CovidUnder19: Statement für Kinderbeteiligung bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele.....	5
European Youth Forum: Petition gegen unbezahlte Praktika	6
Test zur Work-Life-Balance.....	6
Berichte und Studien	6
EU-Kommission: Bericht zur Arbeitsmarkt- und sozialen Entwicklung.....	6
Equinet: Bericht zu häuslicher Pflege und Hausangestellten.....	7
The 25 Percent Project: Abschlussbericht.....	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	7



Nachrichten aus den EU-Institutionen

Tschechische Präsidentschaft im Rat der EU

Im Rahmen der Trio-Ratspräsidentschaft von Frankreich, Tschechien und Schweden hat Tschechien am 01. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Für das halbe Jahr des Vorsitzes hat Tschechien ein Programm veröffentlicht, in dem die Bewältigung der Inflation, die Folgen des Kriegs in der Ukraine und die Nachwirkungen der Coronakrise im Zentrum stehen. Wichtige Punkte sind außerdem die Energieversorgung der EU im Einklang mit ihren Zielen aus dem Green Deal und die Widerstandsfähigkeit ihrer Wirtschaft. Auch die Themen Cybersicherheit und Stabilität demokratischer Institutionen und Prozesse stehen auf dem Programm.

Außerdem soll die weitere Umsetzung der EU-Kindergarantie eine Rolle spielen, hierzu hat die Ratspräsidentschaft bereits in der ersten Woche ihrer Präsidentschaft eine High-Level-Konferenz durchgeführt.

- [Programm der tschechischen Ratspräsidentschaft 2022](#) 
- [Fachbereich Europa des deutschen Bundestags: Tschechiens Schwerpunkte für die EU-Ratspräsidentschaft](#) 

Rat der EU: Schlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtsstrategie

Der Rat der EU hat Schlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtsstrategie angenommen, die insbesondere den Schutz der Kinderrechte in Krisensituationen betonen. Angesichts des Krieges in der Ukraine und der Situation von Kindern auf der Flucht sei es aktuell besonders notwendig, den Schutz vor Menschenhandel, illegaler Adoption, Trennung von Familien und sexueller Ausbeutung sicherzustellen. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Aufnahmeverfahren so zu gestalten, dass das körperliche und psychische Wohlergehen von Kindern gesichert ist. Sie müssten Zugang zu sozialen Diensten erhalten und ggf. durch geeignete gesetzliche Vertreter:innen unterstützt werden. Die Strategien gegen Kinderhandel müssten so gestaltet sein, dass Opfer von Menschenhandel zuverlässig identifiziert werden können und Kinder und Familien über die Risiken aufgeklärt werden. Die Mitgliedstaaten sollten außerdem sicherstellen, dass im Kontext von Krieg und Flucht keine Adoptionen stattfinden. Menschen- und Kinderrechtsorganisationen hatten seit Beginn des Krieges auf die Situation von Kindern in der Ukraine und auf der Flucht hingewiesen (s. [EuropaNews 06/2022](#)).

- [Rat der EU: Schlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtsstrategie](#)  

EU-Kommission: Europäischer Rechtsakt zur Barrierefreiheit in Kraft

Die Frist zur Umsetzung des EU-Gesetzes zur Barrierefreiheit in nationales Recht ist Ende Juni abgelaufen. Damit sind die entsprechenden Anforderungen an Zugänglichkeit und Informationspflichten für bestimmte Dienstleistungen und Produkte bindend. Für Menschen mit Behinderungen soll damit der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Bankdienstleistungen, Computern, Fernsehen, E-Books und Online-Shops erleichtert werden. Das Gesetz trägt zur Umsetzung der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bei. Rund 87 Millionen Menschen bzw. fast jede fünfte Person in der EU haben eine Behinderung. Auch ältere Menschen und temporär eingeschränkte Personen sollen von der neuen Barrierefreiheit profitieren.

- [EU-Kommission: Fragen und Antworten zum EU-Barrierefreiheitsgesetz](#) 

EU-Kommission: Vorschlag für Ratsempfehlung für schulischen Erfolg

Die EU-Kommission hat ihren Vorschlag für die Ratsempfehlung „Wege zum schulischen Erfolg“ vorgelegt. Darin werden die EU und ihre Mitgliedstaaten aufgerufen, Investitionen in Infrastruktur, Ausbildung, Inklusion, Chancengleichheit und Wohlbefinden im Bildungssystem voranzubringen. Die Maßnahmen sollen die Anzahl der Schulabbrüche verringern, die Grundkompetenzen bei bestimmten Gruppen von Schüler:innen fördern und das Wohlbefinden an Schulen steigern. Der Vorschlag setzt auf Prävention und frühzeitige Intervention, um Problemlagen rechtzeitig begegnen zu können. Außerdem soll eine Expertengruppe eingesetzt werden, um Maßnahmen zum Wohlbefinden und für mentale Gesundheit an Schulen fundierter auszuarbeiten. Finanziert werden sollen die Maßnahmen über Mittel der Mitgliedstaaten und die europäischen Programme Erasmus+, die Aufbau- und Resilienzfaszilität, Struktur- und Investitionsmittel sowie Mittel für Migration und Integration.

- [EU-Kommission: Vorschlag für Ratsempfehlung "Wege zum schulischen Erfolg"](#)

EU-Kommission: Klage gegen Ungarn wegen diskriminierender Gesetzgebung

Die EU-Kommission hat im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens Klage gegen Ungarn eingereicht. Aus Sicht der Kommission verstoßen Teile der ungarischen Gesetzgebung zur Verfolgung pädophiler Sexualstraftäter und zum Kinderschutz gegen die Grundrechte von LGBTIQ-Personen. In den Gesetzen wird es untersagt, Minderjährigen Informationen über geschlechtliche Vielfalt und verschiedene sexuelle Orientierungen zur Verfügung zu stellen. Die Kommission betont, dass der Kinderschutz ein wichtiges Ziel sei. Durch die ungarischen Gesetze würden jedoch Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und ihres Geschlechts diskriminiert. Sie seien mit den EU-Grundwerten nicht vereinbar und verstießen gegen diverse EU-Vorschriften. Ungarn hat das Recht, innerhalb einer Frist von zwei Monaten auf die Beanstandungen der EU zu reagieren.

EU-Parlament: Entschließungsantrag zu psychischer Gesundheit von Kindern

Der Ausschuss für Kultur und Bildung im EU-Parlament hat einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem er die Priorisierung der psychischen Gesundheit im Bildungs- und Gesundheitssystem fordert. Die Abgeordneten des Ausschusses rufen die Mitgliedstaaten auf, stärker in Bildung und in diesem Zuge in die psychosoziale Versorgung von Schüler:innen zu investieren. Schulpersonal müsse für Themen der mentalen Gesundheit sensibilisiert werden. Vorgeschlagen wird außerdem eine EU-weite Kampagne, mit der über psychische Gesundheit aufgeklärt und das Stigma um psychische Probleme abgebaut werden soll. Die Kostenübernahme psychotherapeutischer Angebote durch die Krankenkassen sollte EU-weit angeglichen werden. Die Abgeordneten stützen ihre Forderungen unter anderem auf einen Bericht zu den psychischen Auswirkungen der Pandemie für Kinder aus dem vergangenen Jahr.

- [UNICEF: The Mental Health Burden Affecting Europe's Children](#) 

EU-Parlament: Initiativbericht zur Europäischen Pflegestrategie

Das EU-Parlament hat einen Initiativbericht des Beschäftigungsausschusses (EMPL) und des Frauenausschusses (FEMM) angenommen, in dem die Initiative für eine Europäische Pflegestrategie unterstützt und Forderungen zu ihrer Gestaltung formuliert werden. Das oberste Ziel europäischer Pflegepolitik müsse es sein, eine würdevolle Pflege für alle zu ermöglichen. Sie müsse das Wohlbefinden und die Selbstbestimmung Pflegebedürftiger priorisieren. Dazu sei es notwendig, Pflegearrangements für verschiedene Bedürfnisse zu schaffen, zwischen denen ausgewählt werden könnte. Die EU müsse in alle Bereiche des Pflegesektors investieren, um eine

menschenrechtsbasierte Pflege umsetzen zu können: Neben den tatsächlichen Pflegeangeboten müssten Datengrundlage, Planung, Ausbildung und Arbeitsbedingungen verbessert werden, um die Pläne umsetzen zu können. Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, die Gesundheitsversorgung für alle Bürger:innen sicherzustellen, die Datenlage über Pflegebedarf und Pflegearrangements zu verbessern und Best Practices mit anderen Mitgliedstaaten auszutauschen. Die EU Pflegestrategie soll im Herbst dieses Jahres vorgestellt werden.

- [Initiativbericht: Towards a common European action on care](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Spanien: Entlastungspaket für Bürger:innen verlängert

Angesichts der hohen Inflation und der gestiegenen Energiepreise hat Spanien einen Nationalen Reaktionsplan zur Entlastung von Bürger:innen und Unternehmen beschlossen. Er enthält direkte Beihilfen, Steuersenkungen und Preissenkungen. Arbeitnehmer:innen, Arbeitslose und Selbstständige mit einem Einkommen von unter 14.000 Euro pro Jahr erhalten einen Zuschuss von 200 Euro. Die Preise für den öffentlichen Nahverkehr wurden zunächst je nach Region um 30 bis 50 Prozent gesenkt. Bei der im Juli beschlossenen Verlängerung des Pakets kündigte Präsident Sánchez an, der Nahverkehr werde von September an bis Jahresende völlig kostenfrei sein. Die Mehrwertsteuer auf Elektrizität wurde von zehn auf fünf Prozent gesenkt. Beitragsunabhängige Renten für Ältere und Menschen mit Behinderungen wurden um 15 Prozent angehoben. Besonders vulnerable Haushalte erhalten in Spanien regulär einen Rabatt auf Ausgaben für Elektrizität. Dazu zählen z.B. Haushalte mit sehr geringem Einkommen, mit einem Haushaltsmitglied mit Behinderung, kinderreiche Familien und Betroffene von häuslicher Gewalt. Die Vergünstigung beträgt je nach Bedürftigkeit regulär zwischen 25 und 40 Prozent. Bis zum Ende des Jahres wurde sie auf 60 bis 70 Prozent angehoben.

Portugal: Ungleichheiten bei Wasserpreisen

In Portugal bestehen große Ungleichheiten bei den Wasserversorgungstarifen, vor allem zwischen den Regionen und zwischen Haushaltstypen. Das zeigt eine Studie der portugiesischen Organisation für kinderreiche Familien. Bei gleichem Verbrauch pro Person betragen die jährlichen Unterschiede bis zu 600 Euro. Ein Grund für die Ungleichheiten zwischen kleinen und großen Haushalten sei die Bestrafung für Wasserverschwendung, die sich in höheren Preisen ab einer bestimmten Verbrauchsmenge niederschlägt. Da die Haushaltsgröße in diese Beurteilung nicht einbezogen werde, gelte ein vernünftiger Verbrauch pro Person bei einer großen Familie bereits als Verschwendung. Im Durchschnitt koste der Verbrauch für eine Person in einem Haushalt mit zehn Personen daher das Doppelte wie dieser Verbrauch in einem Single-Haushalt. Die Organisation für kinderreiche Familien fordert, Familientarife einzuführen, die alle Mitglieder eines Haushalts berücksichtigen.

Irland: Kommission für Menschenrechte und Gleichberechtigung veröffentlicht Jahresbericht

Der jährliche Bericht der Irischen Kommission für Menschenrechte und Gleichberechtigung für das Jahr 2021 ist erschienen. Eine wichtige Herausforderung bleibe die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen. Die Auswertung der Anfragen an den Informationsservice „Your rights“ der Kommission zeige, dass 46 Prozent der Beschwerden über ungleichen Zugang zu öffentlichen Leistungen wie Bildung und Wohnen von Menschen mit Behinderungen eingereicht wurden. Neben einer ausführlichen Aufschlüsselung ihrer Arbeit bei der Beratung und

rechtlichen Unterstützung Betroffener verweist die Kommission auf ihre Öffentlichkeitsarbeit für die Implementierung der Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, für einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus und gegen die Diskriminierung Geflüchteter beim Zugang zu Bankkonten und Führerscheinen. Im Bericht werden außerdem Forschungsergebnisse der Kommission, z.B. über Arbeitsbedingungen und die Versorgung mit Wohnraum zusammengetragen.

- [Jahresbericht der irischen Kommission für Menschenrechte und Gleichberechtigung](#)  

Frankreich: Verband der Familienorganisationen fordert Inflationsausgleich für Familien

Der Dachverband französischer Familienorganisationen (Unis Pour Les Familles, UNAF) fordert die sofortige Erhöhung der Familienleistungen zum Ausgleich der extremen Inflation. Dabei müsse die Haushaltszusammensetzung detailliert berücksichtigt werden, um alle Familien ausreichend zu unterstützen. Im Vergleich zum Vorjahr seien die durchschnittlichen Kosten für den monatlichen Lebensunterhalt im April 2022 drastisch gestiegen: 119 Euro für Alleinerziehende mit einem Teenager, 171 Euro für zwei Elternteile mit einem Kind und einem Teenager und 223 Euro für zwei Elternteile mit zwei Kindern und zwei Teenagern. Die Preissteigerungen betreffen verschiedene Ausgabenbereiche wie Lebensmittel, Energie und Transport. UNAF fordert daher eine sofortige Neuberechnung der Familienleistungen. Der Verband weist dabei darauf hin, dass die Familienleistungen aufgrund von Kaufkraftverlusten in den letzten zehn Jahren bereits real gesunken seien. Zur Ermittlung ausreichender Familienleistungen verweist er auf seine „Standard-Familienbudgets“, die seit dem Jahr 1953 monatlich für verschiedene Haushaltstypen erstellt werden.

Kroatien: Reform von Sozialleistungen und sozialen Diensten

Die kroatische Regierung hat ein Gesetz beschlossen, das Sozial- und Pflegepolitik landesweit einheitlicher gestalten und die Sozialleistungen insgesamt erhöhen soll. Neben Investitionen in soziale Dienste und Personal im sozialen Bereich sieht das Gesetz die Anhebung der Grundsicherung, der Leistungen für besonders vulnerable Gruppen und für Menschen mit Behinderungen vor. Beziehende von Grundsicherungsleistungen erhalten zudem Anspruch auf Wohngeld, in dessen Berechnung auch Energiekosten einbezogen werden. Außerdem wurde ein nationales Institut für soziale Dienste geschaffen, das die Arbeit der regionalen Zentren koordiniert. Damit soll der Zugang zu sozialen Diensten und Leistungen in den verschiedenen Regionen auf ein einheitliches Niveau gebracht werden. Verbände, die Gewerkschaft sozialer Berufe sowie die wissenschaftliche Gemeinschaft üben deutliche Kritik an den Plänen: Sie geben zu bedenken, dass die Zentralisierung die Verantwortlichkeit der lokalen Zentren schwächen werde. In der Führungsebene des neuen Instituts fehle es an regionalen Vertreter:innen, die Kenntnisse über spezifische Problemlagen einbringen könnten.

- [Kroatien: Reform der Sozialleistungen und sozialen Dienste](#)  

Dänemark: Pläne für eine tabakfreie Zukunft

Die Zahl der Raucher:innen unter den jungen Menschen ist in Dänemark zuletzt weder gestiegen: Laut Daten aus dem Jahr 2019 rauchen dort ca. 31 Prozent der Menschen zwischen 15 und 31 Jahren. Der dänische Gesundheitsminister hat einen Plan vorgelegt, nach dem der Verkauf von Zigaretten und anderen Tabakprodukten schrittweise verboten werden soll: Für alle Personen, die nach dem Jahr 2010 geboren wurden, würde demnach kein legaler Erwerb von Tabakerzeugnissen mehr möglich sein. Funktionieren solle das Modell über eine

schrittweise Anhebung der Altersgrenzen. Die Pläne stehen jedoch in Konflikt mit dem EU-Recht: Mitgliedstaaten dürfen den Verkauf und Erwerb von Tabakprodukten nicht verbieten. Um die Vorschläge des dänischen Gesundheitsminister umsetzen zu können, müsste die EU-Tabakrichtlinie geändert werden. Die WHO forderte Dänemark auf, die Prävention von Tabakkonsum z.B. über ein Verbot von Schokolade- und Kaugummizigaretten zu stärken. Sie dürfen dort – wie auch in Deutschland – an Kinder verkauft werden. Laut einer Sprecherin der WHO vermittelten Süßigkeiten in Zigarettenform positive Einstellungen zum Rauchen. Sie seien daher in 87 Ländern weltweit verboten. Mediziner:innen der dänischen Krebsgesellschaft bekräftigten diese Position.

Weitere Nachrichten

Gemeinsames Positionspapier zu Ratsempfehlungen über die EU-Kinderrechtsstrategie

Kinder- und Menschenrechtsorganisationen, u.a. Eurochild, Save the Children und Terre des Hommes haben ein gemeinsames Positionspapier zu den Ratsempfehlungen für die Umsetzung der EU-Kinderrechtsstrategie veröffentlicht. Darin unterstützen sie die Entscheidung des Rates, die Wahrung der Kinderrechte auch außerhalb der EU und in Krisensituationen zu unterstützen. Die Organisationen geben Empfehlungen zur umfassenden Implementierung ihrer Schlussfolgerungen und verweisen auf das Recht von Kindern, alle Informationen zu erhalten, die ihre Lebenssituation betreffen. Entsprechend wird die kindgerechte Darstellung von Instrumenten und Gesetzestexten in verschiedenen Sprachen empfohlen. Richtlinien und Maßnahmen sollten daraufhin überprüft werden, ob sie inklusiv und menschenrechtsbasiert gestaltet sind. Dafür wird die Erstellung einer Checkliste empfohlen, bei der auch zivilgesellschaftliche Organisationen eingezogen werden sollten. Beim Kinderschutz im Kontext von Krisen wie der Pandemie und dem Krieg in der Ukraine sollten altersgerechte und geschlechtsspezifische Angebote ausgearbeitet werden. Für den Kinderschutz in der Ukraine und auf der Flucht sollte die Koordination zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden.

- [A World Fit for children: Joint reaction to the Council Conclusions on the EU Strategy on the Rights of the Child](#)  

#CovidUnder19: Statement für Kinderbeteiligung bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele

Anlässlich des High-Level Political Forums zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele hat die Initiative #CovidUnder19 eine Stellungnahme abgegeben, in der sie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung der Coronakrise und ihrer Folgen aufruft. Die Initiative wird von Kinder- und Menschenrechtsorganisationen unterstützt, in der Kinder, Jugendliche und Erwachsene zusammenarbeiten. In ihrer Stellungnahme weist die Initiative darauf hin, dass die Pandemie Fortschritt bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele sowie der Kinderrechte zurückgeworfen hat. Bei den Aufgaben zur Überwindung der Krise seien Kinder und Jugendliche bisher nicht ausreichend einbezogen worden. Die freiwilligen Berichte der Nationen an die UN zu Kinderrechten und Gewalt an Kindern sollten die Perspektiven von Kindern enthalten, so die Stellungnahme. Bei den Veranstaltungen zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele sollten Vertreter:innen von Kindern und Jugendlichen beteiligt sein und es müssten kindgerechte Informationen zur Verfügung stehen, um Kindern die Partizipation zu ermöglichen. Kinderbeteiligung müsse außerdem über Investitionen in Kinderrechte im Allgemeinen und konkrete Partizipationsmöglichkeiten gefördert werden.

- [#CovidUnder19: Joint Intergenerational Statement to the 2022 High-Level Political Forum](#)  

European Youth Forum: Petition gegen unbezahlte Praktika

Das European Youth Forum hat eine Petition gegen unbezahlte Praktika gestartet. Die Organisation weist darauf hin, dass unbezahlte Praktika bestehende soziale Ungleichheiten verschärfen: Junge Menschen, die nicht von ihren Familien finanziell unterstützt werden können, seien von vielen Praktikumsmöglichkeiten faktisch ausgeschlossen. Ihnen entgingen damit wichtige Arbeitserfahrungen, die auf dem Arbeitsmarkt Vorteile bedeuten würden. In der Petition wird außerdem auf die Auswirkungen der Pandemie hingewiesen, durch die junge Menschen bereits Nachteile beim Berufseinstieg hätten. Bestehende Richtlinien gegen die Ausbeutung von Praktikant:innen schützten sie nicht ausreichend. Sie könnten von Praktikumsgebenden einfach umgangen werden und garantierten keine Sozialversicherung und Rentenansprüche. Gefordert wird eine Gesetzgebung, durch die Praktikant:innen wie alle Arbeitnehmer:innen Rechte auf angemessene Bezahlung und Sozialschutz erhalten.

- [EYF: Petition gegen unbezahlte Praktika](#) 

Test zur Work-Life-Balance

Das litauische Gleichstellungsministerium hat gemeinsam mit Partnerorganisationen ein Tool entwickelt, mit dem Interessierte ihre Work-Life-Balance testen können sollen. 168 Stunden pro Woche können auf die Bereiche Familie, Arbeit, Gesundheit und Fitness, Schlaf, Zeit für sich, emotionale Gesundheit, intellektuelle Aktivitäten, Spiritualität und Religion, Gemeinschaft und soziale Kontakte sowie übrige Aktivitäten aufgeteilt werden. Für jeden Bereich wird die Unterteilung in ideale und tatsächlich verbrachte Zeit vorgenommen. Daraus entsteht eine Übersicht, die dabei helfen soll, Diskrepanzen zu erkennen und sich einer zufriedenstellenden Work-Life-Balance anzunähern.

- [Tool zur Work-Life-Balance](#) 

Berichte und Studien

EU-Kommission: Bericht zur Arbeitsmarkt- und sozialen Entwicklung

Der aktuelle Bericht der EU Kommission über Entwicklungen im Bereich Arbeitsmarkt und Soziales ist erschienen. Darin werden die Auswirkungen der Coronakrise und die wirtschaftliche und soziale Erholung nach der akuten Phase der Pandemie dargestellt. Es zeige sich, dass die Belastung ungleich zwischen Regionen und Bevölkerungsgruppen verteilt sei. Junge Menschen seien besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen. Sie arbeiteten außerdem häufiger in befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Da junge Menschen im Durchschnitt weniger Einkommen und Vermögen haben als Personen mittleren Alters, seien sie häufiger von Armut betroffen. Entsprechend hat ein überdurchschnittlich großer Anteil von ihnen Probleme, Miet- und Energiekosten zu bezahlen. Bekannte Faktoren für Armut und soziale Exklusion spielen auch innerhalb dieser Gruppe eine Rolle: so sinke das Risiko für Arbeitslosigkeit und Erwerbsarmut mit steigendem Bildungsgrad. Frauen verdienen durchschnittlich weniger als gleichaltrige Männer. Ein geringer Anteil dieser Gehaltsunterschiede ließe sich durch Faktoren wie Bildungsabschlüsse, Berufssparte und -erfahrung erklären.

- [Employment and Social Developments in Europe 2022](#)  

Equinet: Bericht zu häuslicher Pflege und Hausangestellten

Das europäische Netzwerk der Gleichbehandlungsstellen Equinet hat einen Bericht zur Arbeitssituation von Pflegekräften und Hausangestellten veröffentlicht. Er wurde aus Daten der statistischen Behörden von elf europäischen Staaten erstellt. Im Bericht werden zunächst verschiedene Pflegearrangements dargestellt, die bei dieser Auswertung gefunden wurden: Eine dieser Formen ist das Familiensystem, in dem häusliche Pflege als Privatangelegenheit behandelt und von Familienmitgliedern informell organisiert wird. Im sogenannten Migrationsmodell wird die häusliche Pflege von Angestellten ausgeführt, die zumeist aus Drittstaaten eingewandert sind und in den privaten Haushalten der Pflegebedürftigen leben. In diesen beiden Modellen verschwimmen die Grenzen zwischen Pflege und Haushaltstätigkeiten, was arbeitsrechtliche Schwierigkeiten mit sich bringt. Im dualen Modell sind Pflege und Haushaltstätigkeiten rechtlich definiert, sodass ein geringerer Graubereich besteht. Trotz dieser unterschiedlichen Typen bestehen in allen untersuchten Staaten ähnliche Probleme: Arbeitsverträge sind häufig prekär und die Löhne gering. Aufgrund des hohen Anteils von Migrant:innen bestehen häufig Sprachbarrieren für eine unabhängige Information über Arbeitsrechte. Trotz steigender Formalisierung seien undokumentierte Arbeitsverhältnisse in der häuslichen Pflege weiterhin verbreitet. In solchen Arrangements fehlten arbeitsrechtlicher Schutz und Sozialversicherung vollkommen.

- [Domestic and Care Workers: An Intersectional Issue](#)  

The 25 Percent Project: Abschlussbericht

Der abschließende Bericht zum 25 Percent Project ist erschienen. Im Rahmen der Jugendumfrage wurden 12.000 Ideen von jungen Menschen aus 36 europäischen Ländern gesammelt (s. [EuropaNews 02/22](#)). Dabei wurde darauf geachtet, junge Menschen aus verschiedenen Gruppen einzubeziehen, um ein möglichst umfassendes Bild ihrer Wünsche für die Zukunft zu bekommen. So wurden gezielt Teilnehmer:innen aus Stadt und Land, mit und ohne Behinderungen und aus verschiedenen Minderheiten einbezogen. Trotz der Diversität der Beiträge ließen sich klare Vorstellungen für die Zukunft Europas herausarbeiten, so der Bericht. Wichtige Anliegen der Teilnehmer:innen sei eine starke EU, die koordiniert große politische Aufgaben wie den Umweltschutz angehen könne. Die Reduzierung sozialer Ungleichheiten werde als Voraussetzung für eine solche starke EU gesehen. Es müsse stärker in Bildung investiert werden, um die Herausforderungen der Zukunft meistern zu können. Die Stärkung der Demokratie sei ein weiteres zentrales Anliegen der befragten jungen Europäer:innen.

- [Abschlussbericht "The 25 Percent Project"](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
8. Sept. 2022 Online	What's new in EU family law?	EU-Parlament
8. Sept 2022 Online	Child maltreatment in Europe: model of interventions for combating and preventing the phenomenon	Cesvi Foundation

21.-21. Sept. 2022 Prag, Tschechien	Presidency Conference on Integration of People with Disabilities into the Labour Market	Tschechische Präsidentschaft im Rat der EU
20. Sept. 2022 Online	Quality assurance in early childhood education and care services	COFACE Families Europe
27. Sept. 2022 Berlin, Deutschland	Europäisches Fachgespräch zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie	AGF / COFACE Families Europe
13. Okt. 2022 Ibiza, Spanien	IAFL Introduction to European Family Law Conference	International Academy of Family Lawyers
28. Nov. 2022 Berlin, Deutschland	Workshop on the Integration of Refugee Families in Host Countries	DIW Berlin

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

